

LINKSRUM

Wetterau

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
September/Oktober 2026

Kommunen vor
dem Kollaps.

Muss das so sein?

Lesen Sie Seite 4 und 5

Es reicht !

**Das Munitionsdepot
im Köpperner Wald
wird erweitert.**

Doch tonnenweise
Munition bietet keine
Sicherheit. Ganz im
Gegenteil! Seite 2

Diese Bundesregierung greift den Sozialstaat frontal an! Das Gesundheits- und Pflegesystem, die Bildung, die Renten, die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen, die Unterstützung für Kinder und Familien, das Wohngeld und und, und, und... Überall setzen CDU und SPD die Kettensäge an. Auch die Rechte der Arbeitnehmer:innen sollen beschnitten werden. Nur die Superreichen werden noch reicher.

Seite 6

Die Linke

Fraktion im Kreistag
der Wetterau

Das ist die
linke Fraktion
im Kreistag
der Wetterau:

Gerne können Sie uns ansprechen!
info@die-linke-wetterau.de



Fraut euch was!

Männer und Frauen sind
gleichberechtigt.

Das bestimmt das Grund-
gesetz in Artikel 3.

Und das muss auch für Po-
litik und Parlamente gelten.

Trotzdem sind Frauen in den
Parlamenten unterrepräsen-
tiert.

Schuld sind die Partei-
en, die meist mehr Männer
als Kandidaten für Wahlen

aufstellen als Frauen.

Für Die Linke. haben mehr
Frauen als Männer kandi-
diert.

So sind wir die einzi-
ge Kreistagsfraktion, in der
Frauen überwiegen.

Munitionsdepot im Köpperner Wald

Im Wald zwischen Köppern, Wehrheim und Rosbach liegt das zweitgrößte Munitionsdepot Deutschlands. Jetzt soll es ausgebaut werden. Die Reaktivierung der Friedberger Kaserne und des Übungsgeländes bei Ockstadt steht damit im Zusammenhang. Dadurch wird unsere Heimat im Ernstfall zum Angriffsziel.

Das Gelände ist 254 Hektar groß. Das entspricht gut 356 Fußballfeldern.

Bis 1997 betrieben die US-Streitkräfte das Depot und danach übernahm es die Bundeswehr. Bis 2010 waren dort noch 42.870 Tonnen Munition gelagert.

Nach Angaben der Bundesregierung unter anderem: Raketen für Artilleriesysteme, Panzermunition, Panzerfaust Munition, Minen, Handgranaten, Panzer- und Panzerabwehrlenkraketen, Zündmittel, Übungsmunition und Sprengstoffe. Munition aus dem Köpperner Depot kam bei den internationalen KFOR und ISAF-Operationen zum Einsatz - in Jugoslawien und in Afghanistan. Was zukünftig nach der Erweiterung gelagert wird, dazu gibt es keine Informationen der Bundeswehr. Munition explodiert. Dafür

wird sie gebaut. Und das kann natürlich auch in Friedenszeiten zu Unfällen mit katastrophalen Folgen für die Region führen.

Beim Betrieb des Depots besteht die Gefahr der Ver-

unreinigung des Bodens und des Grundwassers - etwa durch Unfälle beim Transport, bei der Einlagerung, durch Leckagen - bis hin zu Havarien.

Ein großes Munitionsdepot gehört im Kriegsfall zu den ersten Angriffszielen. Egal ob ein Angriff erfolgt (Erstschlag) oder ob auf einen Angriff reagiert wird (Zweitschlag). Ein Gegner wird immer versuchen das Depot auszuschalten.

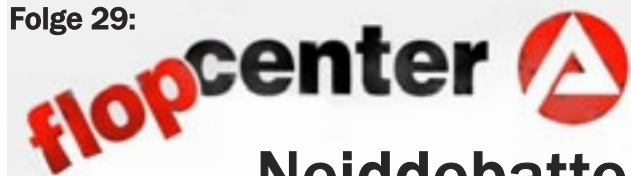
Sicherheit für die Region kann nur durch Diplomatie und Abrüstung erreicht werden!



“Die Reichen wollen Krieg, die Jugend eine Zukunft!”

Auch in Friedberg organisieren Schüler:innen Schulstreiks gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Sie wenden sich gleichzeitig gegen die Militarisierung der Schulen und Unis. Der vierte Schulstreik findet am 26. 9. um 11.30 Uhr ab Burggymnasium Friedberg statt. Eine Beratung für Kriegsdienstverweigerer bietet die DFG-VK jeden 2. Mittwoch im Monat, 19 Uhr, Usagasse 26, Friedberg • e-mail: dfgvk-friedberg@web.de

Folge 29:



Neiddebatte: 563 Euro Luxusleben

Halali! Bundeskanzler Merz, Innenminister Dobrindt, Bayerns Ministerpräsident Söder und natürlich die AfD machen Jagd auf dekadente Bürgergeld - Millionäre mit vergoldetem Toastbrot, Jacuzzi im Plattenbau und edlem Champagnerfrühstück vom Amt. Bürgergeld - Bashing wird zum Volkssport.

Da stehen gut verdienende und geschniegelte Politiker und erklären dem Land, dass ausgerechnet jene, die mit 563 Euro irgendwie zwischen Stromrechnung, Brot und Monatsende balancieren, „zu viel“ bekommen. Hat Dobrindt mal versucht, mit 563 Euro im Monat zu leben? Wahrscheinlich nicht. Aber er weiß natürlich: Das ist mehr als das Existenzminimum.

Was ist das eigentlich für ein Reflex? Mieten explodieren. Lebensmittelpreise steigen. Energie ist viel zu teuer. Pflege kollabiert. Kinderarmut wächst. Aber der Feind? Leute im Bürger-

geldbezug, die sich zwischen Nudeln und Waschmittel entscheiden müssen.

Das ist ein politischer Taschenspielertrick auf Jahrmarktsniveau: Lenke den Zorn der Mitte auf die Untersten, damit keiner merkt, wie obszön reich die oben sind. Der Sozialstaat wird nicht „zu teuer“, er wird vorsätzlich demontiert.

Für Panzer ist immer Geld da. Für Banken und Unternehmensrettungen sowie so. Aber braucht ein Kind ein warmes Mittagessen, wird plötzlich der Taschenrechner gezückt wie eine heilige Reliquie der schwarzen Null. Beschämend!

Wetteraukreis will nicht zuständig sein

Wir erleben einen Flashback: Die Sozialdezernentin Götz behauptet, der Wetteraukreis sei nicht für das Jobcenter zuständig und möchte nicht verantwortlich sein. Gerade so hatte das 2012 der ehemalige Landrat Arnold behauptet. Wir haben damals das Regierungspräsidium bemüht, um die Zuständigkeit klarzustellen.

Für das Jobcenter gibt es nur zwei Möglichkeiten der Organisation vor Ort: Eine Kommune ist allein zuständig – als Optionskommune – oder Bundesagentur und Kommune machen es in Kooperation. Und im Wetteraukreis ist es eine Kooperation. Der Kreis entsendet Personal ans Jobcenter, als einem der Träger obliegen ihm bestimmte Aufgaben und die Leistungen für die Kosten der Unterkunft. Es gibt einen Beirat aus beiden Trägern. Der Kreis ist ohne Zweifel zur Hälfte Träger des Jobcenters und damit auch verantwortlich.

Viernheim wehrt sich - der Wetteraukreis schweigt

Im Juni 2026 erklärte die Stadt Viernheim:

Die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden ist akut bedroht. Die Verschuldung der Kommunen steigt weiter. Der kommunale Investitionsrückstand hat im vergangenen Jahr 200 Milliarden Euro überschritten. Wenn sich die Rahmenbedingungen nicht ändern, verschärft sich die Situation noch weiter. So kann und darf es nicht weitergehen! Kommunale Selbstverwaltung braucht Spielräume und Vertrauen, aber nicht ständig neue Vorgaben und Aufgaben. Die Städte und Gemeinden erwarten von Bund und Ländern, die praktizierte Verantwortungslosigkeit zu beenden. Dazu gehört: Wer Gesetze erlässt muss sie auch finanzieren! Das unbremst wachsende Finanzierungsdefizit muss nachhaltig und vollständig ausgeglichen werden. Kurzfristig mit einer Soforthilfe, langfristig über höhere Finanzaufwendungen.

Gemeinwohl statt leere Kassen!

Im Juni haben viele Kommunen protestiert: Mit einem **Finanzierungsdefizit von 32 Milliarden €** allein im Jahr 2025 kann kaum noch investiert werden. Und wichtige kommunale Einrichtungen kommen nur noch mit Ach und Krach über die Runden. Auch der Wetteraukreis und die meisten seiner Städte und Gemeinden sind am Limit. Wie geht es weiter? Ein Interview mit den Kreistagsabgeordneten der Linken.



Gabi Faulhaber

Wie hoch ist das Defizit im Haushalt des Wetteraukreises?

Gabi Faulhaber: Im Haushalt hat der Wetteraukreis 373 Millionen Euro Schulden für das Jahr 2026 ausgewiesen. Damit der Kreis alle Aufgaben erfüllen kann, mussten hohe Kredite aufgenommen werden: 2025 waren das 117 Mio. € und für 2026 ist eine Kreditaufnahme von rund 111 Mio. € vorgesehen.



Julian Eder

Natürlich werden in dieser Zeit auch Schulden getilgt, nämlich etwa 56 Millionen. Doch am Ende bleibt, dass die Zuweisungen von Bund und Land nicht ausreichen. In den kommenden Jahren wird fortlaufend ein Haushaltsdefizit von rund 20 Mio. € jährlich erwartet. Somit kann die Finanzlage kaum besser werden!

Es gab bis vor wenigen Jahren Überschüsse im Haushalt...

Gabi Faulhaber: Das hat sich drastisch geändert. In den Jahren 2013 bis 2022 gab es Überschüsse - zum Teil im zweistelligen Millionenbereich. Mit Hilfe des hessischen 'Schutzschirms' konnte sich der Kreis entlasten. Das endete 2023. Seitdem wurden bestehende Rücklagen in den Haushalt gebuttert und aufgebraucht. Die Städte und Gemeinden müssen deshalb mehr Kreis- und Schulumlage zahlen und haben somit ebenfalls weniger Geld zur Verfügung. Die Kreditaufnahme steigt. Die Zinslast auch.



Anja ElFechtali

Wie konnte sich die Finanzsituation derart verschlechtern?

Hanna Zimowski: Eine Ursache sind die rasant steigenden Preise bei Bau- und Planungskosten, Gebäudewirtschaftung, Energiekosten, dem Unterhalt und

den Investitionen bei Schulbauten. Wir freuen uns ja, dass der Wetteraukreis trotz Geldnot noch in Schulgebäude investiert! Auch für die Schulsozialarbeit steigen die Kosten. Die Personalkosten sind insgesamt gestiegen.

Anja ElFechtali: Ein weiterer Grund ist, dass die sozialpolitischen Zuschüsse angepasst werden müssen - zum Beispiel für die Wohnkosten bei explodierenden Mieten. Man kann ja nicht asozial zusehen, wenn arme Familien auf der Straße landen. Die Kinder- und Jugendhilfe verzeichnet erhöhte Fallzahlen und die Hilfsmaßnahmen sind teurer geworden. Das gilt auch für die steigende Zahl psychischer Erkrankungen. Niedriglöhne und prekäre Arbeitsverhältnisse machen die Leute krank, was wiederum das Gesundheitssystem belastet.

Übersehen wird, dass Verarmungspolitik sehr teuer ist: Allein die ungelöste Kinderarmut verursacht laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) gesamtwirtschaftliche Folgekosten von bis zu 120 Milliarden Euro jährlich - durch entgangene Steuereinnah-

men und höhere Sozialausgaben. Diese Folgekosten belasten dann auch die Haushalte der Kommunen.



Hanna Zimowski

Seht ihr eine Möglichkeit für bessere Einnahmen?

Julian Eder: Das System ist falsch! Wenn man unanständig reiche Vermögen nicht ausreichend besteuert, reicht es nicht für das Gemeinwohl. Superreiche nutzen die Gesellschaft aus! Lässt ein Staat zu, dass die Steuerlast derart ungleich verteilt ist, dann ist er alles, nur kein Sozialstaat!

Verschwendet man dann noch Hunderte Milliarden für Militär und Hochrüstung und macht dazu fast eine Billion Euro Schulden (Sondervermögen), ist kein Gemeinwesen mehr finanzierbar. Das ist klar! Da helfen keine Krokodilstränen von Politiker:innen!

Man muss sich wehren!

Es reicht!

Wir erleben den härtesten Angriff auf unseren Sozialstaat ever. Die Regierung redet schönfärberisch von "Reformen". Diese werden in rasantem Tempo und in großem Umfang rausgehauen, so dass es schwerfällt den Überblick zu behalten. Jetzt braucht es Widerstand, sonst werden wir diese Republik bald nicht mehr wiedererkennen.

Hier nur einige der drastischen Veränderungen, die geplant oder beschlossen sind:

- Der **Achtstundentag** soll fallen: Der 13-Stunden-Tag ist das Ziel. Sachgrundlose Befristungen sollen bis zu 48 Monate möglich sein – das ist doppelt so lange wie bisher.

- Verpflichtende **Krankschreibung ab dem ersten Arbeitstag**: Angeblich gibt es zu viele Drückeberger. Dass eine solche Neuregelung schon wegen der überfüllten Arztpraxen Quatsch ist, weiß auch die Regierung. Es geht darum, Druck auf die arbeitenden Men-

schen auszuüben und die Arbeitskraft extrem auszubuten.

- Die **Rente** soll nur noch Basisabsicherung sein. Die Menschen sollen privat vorsorgen. Wer soll sich das leisten können? Tarifgebundene Arbeitsplätze gehen zurück. Schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse werden mehr. Frauen sind besonders betroffen: Sie arbeiten Teilzeit, wenn die Kinderbetreuung fehlt oder zu teuer ist. Altersarmut ist damit vorprogrammiert.

- Kürzungen beim **Wohn-geld** treffen vor allem Familien mit Kindern, Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen und Rentner:innen mit kleinen Renten. Wer Wohngeld bezieht, ist finanziell am Limit. Rücklagen sind kaum möglich, selbst alltägliche Anschaffungen werden zum Luxus. Wohngeldkürzungen sind sozial- und familienpolitisch unverantwortlich.

- Die beitragsfreie **Familienversicherung** für Ehepartner soll weitgehend ge-

strichen werden. Das trifft wieder besonders Familien mit niedrigem Einkommen.

- Streichungen beim **Unterhaltsvorschussgeld** betreffen Alleinerziehende und deren Kinder. Die Hilfe soll nicht mehr bis zum 18. Geburtstag gezahlt werden, sondern nur bis zum 16.

Eine über den Hauptschulabschluss hinausgehende Schulbildung wird für die betroffenen Kinder damit kaum noch möglich sein.

- Der monatliche **Sofortzuschlag** in Höhe von 25 € für **armutsbetroffene Kinder** soll gestrichen werden. Allein von dieser Kürzung sind 1,9 Millionen arme Familien betroffen.

Eigentlich war dieser Zuschuss als kümmerlicher Ersatz für die Kindergrund-sicherung gedacht.

- 500 Millionen sollen mit einer Kürzung des **Eltern-gelds** eingespart werden. Das war bei Redaktions-schluss zwar noch umstritten. Immerhin wären davon auch gut verdienende Familien betroffen.

Es ist unglaublich, was der Regierung alles einfällt, wenn es darum geht, mehr Geld für Waffen und Munition einzutreiben.

Pflege, Therapie und Inklusion sind keine Randthemen!

In Wahlkämpfen posieren Politiker:innen gerne in Behinderten- oder Pflegeeinrichtungen. Sie übergeben Schecks mit Fördergeldern an Gesundheitseinrichtungen. So auch 2024, während des hessischen Landtagswahlkampfes an das GZW (Gesundheitszentrum Wetterau). Da werden Herzen verteilt, Inklusion wird gefeiert: "Jedes Leben ist wertvoll".

Nach der Wahl nimmt die Bewunderung für pflegendes Angehörige, medizinisches Personal und medizinische Einrichtungen schlag-

artig ab. Dann werden Kürzungsanträge gestellt. Man verlangt, Löhne zu drücken und Hilfsangebote abzubauen. Den Rotstift gibt es vornehmlich für die Schwachen! Gesundheitsversorgung, Therapie, Pflege und Inklusion kosten Geld. Und das braucht man schließlich für die Kriegsvorbereitung!

Die Bundesregierung will harte Einschnitte bei Kranken und Menschen mit Behinderungen durchsetzen. Die Eingliederungshilfen sollen billiger werden, zum Beispiel durch Streichung

der individuellen Schulbegleitung. Man will weniger Fachkräfte und mehr Assistenzkräfte beschäftigen.

Therapeut:innen kürzt man die Honorare.

Die Möglichkeit der Verhinderungspflege wird verschlechtert. (Für was brauchen eigentlich pflegende Angehörige Erholung??!)

Doch Pflege, medizinische Versorgung und Eingliederungshilfen für Behinderte sind keine Randthemen.

Millionen Menschen sind betroffen. Jeden kann es treffen! Deshalb: Unterstützen Sie die Sozialproteste!



HEUTE



ZUKUNFT?

Sprechstunden im Roten Laden



Im Roten Laden, Usagasse 26, Friedberg (Foto), können Sie jeden Montag von 14 bis 16 Uhr und jeden Donnerstag von 16 bis 18 Uhr mit der Fraktion der Linken im Kreistag sprechen.



Unterstützung im Behörden-dschungel finden Sie beim Verein **SOS-Sozial-sprechstunde** im Roten Laden. Jeden Montag von 14 bis 16 Uhr und jeden Donnerstag 16 bis 18 Uhr (werktags), Usagasse 26, Friedberg.
Mail: sosimrola@gmail.com
Telefon: 06031 1695707 (AB)



SOS-Forum gegen sozialen Kahlschlag

Im Juni 2026 hatte die SOS-Sozialsprechstunde Parteien, Gewerkschaften, Verbände und Gruppen in die Stadthalle Friedberg eingeladen. Der Gewerkschafter Patrick Schreiner berichtete über die Auswirkungen der laufenden Sozialkürzungen. In allen Bereichen der öffentlichen Daseinsfürsorge setzt die Bundesregierung den Rotstift an. Auch Arbeitnehmer:innenrechte sollen abgebaut werden. Jetzt muss der Widerstand wachsen! Das Forum war ein Anfang.

Es reicht! **Rote Karte gegen** **sozialen Kahlschlag**

Der DGB Hessen-Thüringen, Einzelgewerkschaften und viele Organisationen rufen zum bundesweiten Protest auf. Die Linke. Wetterau mobilisiert nach Frankfurt: 26. September 2026, 11 Uhr, Willy-Brandt-Platz

Impressum: Fraktion DIE LINKE. im Kreistag der Wetterau.
V.i.S.d.P.: Gabi Faulhaber, Usagasse 26, 61169 Friedberg.
e-mail: info@die-linke-wetterau.de
homepage: www.die-linke-wetterau.de